

Die Landtagsabgeordneten Klaus Schneck und Ingrid Eckel diskutieren mit Betroffenen über Bildungspolitik

Der Landtagsabgeordnete Klaus Schneck hat Vertreter der Schulen, Schüler und Eltern aus der Samtgemeinde Wesendorf zu einem schulpolitischen Informationsgespräch eingeladen. Neben Schneck war auch die schulpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion Ingrid Eckel anwesend. Bei dem Treffen wurden sowohl die aktuellen Probleme an den Schulen thematisiert, als auch über die Zukunft der Bildung in Niedersachsen diskutiert.

Schnell waren sich alle Teilnehmer darüber einig, dass es an den Schulen zahlreiche Probleme gibt, beginnend mit der fehlenden Unterrichtsversorgung und wachsenden Klassengrößen bis hin zur mangelnden Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schularten. Von den Eltern wurde besonders kritisiert, dass zwar Ganztagschulen eingerichtet werden, diese aber keine zusätzlichen Lehrerstunden bekommen. Schneck sprach sich gegen das Konzept der Landesregierung zur „Eigenverantwortlichen Schule“ aus. „Der Gesetzentwurf der Landesregierung gibt den Schulen keine neuen Freiräume in pädagogischen Fragen, was genau der richtige Schritt wäre“ so Schneck.

Anschließend stellte Eckel das Konzept der SPD zur „Zukunft der Bildung“ vor. „Die SPD will im Falle einer Regierungsübernahme keine neue Schulreform von oben verordnen. Grundsätzlich strebe sie aber, eine langfristig orientierte, strikt an den Bedürfnissen vor Ort ausgerichtete Weiterentwicklung des Schulsystems an“, so Eckel. Nach den Vorstellungen der SPD solle im Jahr 2008 mit der Einrichtung „Gemeinsamer Schulen“ begonnen werden. In der „Gemeinsamen Schule“ sollen alle Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen fünf bis zehn gemeinsam unterrichtet werden. „Diese Schulen, die die starren Grenzen der Dreigliedrigkeit aufbrechen, sollen strikt auf das Prinzip des individuellen Forderns und Förderns verpflichtet werden“, so Eckel. Die Umwandlung von bestehenden Schulen des dreigliedrigen Systems in diese Schulform neuen Typs, solle aber nur dort stattfinden, wo eine Mehrheit der Eltern dies wünsche.

Die „Gemeinsame Schule“ soll in enger Abstimmung mit lokalen außerschulischen Partnern einen individuell differenzierten Unterricht anbieten und wird als Ganztagschule geführt. Mittelfristig wäre es auch denkbar, „Gemeinsame Schulen“ komplett in die Verantwortung der Kommunen zu überführen – wobei das Land natürlich für einen Ausgleich der Kosten sorgen und die Qualität der Schulabschlüsse sichern muss.